

Bauernbund Brandenburg

Liebe Berufskollegen,

nachdem wir eine vergleichsweise stressfreie Ernte hatten und demnächst hoffentlich auch die Herbstbestellung erfolgreich abgeschlossen ist, wollen wir wieder zusammenkommen, um uns in gemütlicher Runde auszutauschen über unsere Betriebe und die politischen Schwerpunkte des Bauernbundes. Unser diesjähriges Herbsttreffen verbinden wir mit dem Dorffest für Heimat und Zukunft am 31. Oktober in dem vom Braunkohle-Tagebau bedrohten Lausitzdorf Atterwasch. Ich würde mich freuen, viele von Euch dort wiederzusehen. Bis bald also in Atterwasch!

Karsten Jennerjahn, Präsident

Dorffest für Heimat und Zukunft und Herbsttreffen des Bauernbundes am 31. Oktober 2012 in Atterwasch (Spree-Neiße)

10 Uhr Gottesdienst zur Bewahrung der Schöpfung mit Pfarrer Mathias Berndt, musikalische Begleitung durch den Kammerchor der Singakademie Cottbus unter Leitung von Christian Möbius

11 Uhr Podiumsgespräch "Blühende Landschaften 2030"

Über Chancen und Strategien, neue Braunkohle-Tagebaue zu verhindern, sprechen

- Peter Tiede, Chefredakteur der Potsdamer Neuesten Nachrichten und ausgewiesener Kenner der brandenburgischen Landespolitik
- Prof. Dr. Christian von Hirschhausen, Wirtschaftswissenschaftler der Technischen Universität Berlin und Energieexperte am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung
- Dirk Teßmer, Rechtsanwalt aus Frankfurt am Main mit Spezialisierung auf Planungsrecht, u. a. Mandat für die Verfassungsbeschwerde gegen den Tagebau Garzweiler II

Gottesdienst und Podiumsgespräch finden in der Dorfkirche statt und werden in ein Zelt auf der Pastoratswiese und in die Dorfstraße übertragen. Danach Mittagessen und Getränkeauschank durch die Freiwillige Feuerwehr in Zusammenarbeit mit den örtlichen Landwirtschaftsbetrieben, Präsentation regionaler Unternehmen und Initiativen, musikalische Einlagen durch Kirchenchor und Bläser.

14.00 Uhr Kundgebung "Für Heimat und Zukunft in Brandenburg" mit unserem Präsidenten Karsten Jennerjahn, Monika Schulz-Höpfner (CDU), Sabine Niels (Bündnis 90 /



Die Grünen), Wolfgang Neskovic (Die Linke) und Christoph Rechberg (Grundbesitzerverband Brandenburg) Schlusswort: Julia Albinus, Bauerntochter aus Atterwasch und Miss Brandenburg 2012

15.00 Uhr Betriebsbesichtigung bei unserem Mitglied Ulrich Schulz, Dorfstraße 18 a in Atterwasch (690 ha Acker und Grünland, 130 Mutterkühe mit Nachzucht, 170 Mastschweine, 40.000 Masthähnchen, Biogasanlage, Direktvermarktung von Fleisch- und Wurstwaren) Gemeinsames Kaffeetrinken auf dem Hof von Ulrich Schulz.

Fotos: links Ulrich Schulz / oben: Julia Albinus



Den Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft bremsen! Brief des Bauernbundes Brandenburg vom 20. August 2012 an Ministerin Ilse Aigner, ihre Staatssekretäre, die Agrarausschuss-Mitglieder des Deutschen Bundestages und die deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren,

die Kommissionsvorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik 2014-20 befinden sich zur Zeit in der Diskussion. Insbesondere die geplante Kappung der Direktzahlungen wird von interessierter Seite heftig kritisiert – es handle sich um eine Benachteiligung "gewachsener Großstrukturen" und "innovativer Mehrfamilienbetriebe".

Tatsächlich gibt es in Brandenburg fast keine Betriebe, die durch freiwilligen Zusammenschluss mehrerer Bauern entstanden wären. Viele der zu DDR-Zeiten zwangsweise gebildeten Großbetriebe haben sich nach 1990 vor allem deshalb halten können, weil mit staatlicher Duldung Bilanzen gefälscht und ausscheidende LPG-Mitglieder betrogen wurden. Eine wissenschaftliche Untersuchung im Auftrag des Landtags hat dies gerade eindrucksvoll bestätigt. Bäuerliche Neugründer dagegen wurden systematisch ausgebremst.

Heute werden die angeblich besonders leistungsfähigen Großbetriebe einer nach dem anderen von teilweise international agierenden Kapitalanlegern aufgekauft. Die Wertschöpfung durch Landwirtschaft verlässt die Region, die ländlichen Räume Brandenburgs bluten aus. Das Phänomen des Landgrabbing wird am Beispiel Afrika als Problem erkannt, im eigenen Land will man es offensichtlich nicht wahrnehmen oder wahrhaben.

Die Gemeinsame Agrarpolitik 2014-20 bietet eine einmalige Chance, den Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft zu bremsen. Wir bitten Sie deshalb:

- Unterstützen Sie die Kommissionsvorschläge zur Kappung der Direktzahlungen.
- Korrigieren Sie die Kommissionsvorschläge dahingehend, dass sich Großbetriebe teilen können, um in den Genuss der vollen Direktzahlungen zu kommen. Das ist wichtig, damit die noch in der Hand ortsansässiger Landwirte befindlichen Großbetriebe eine Chance bekommen, sich weiter zu entwickeln.
- Ergänzen Sie die Kommissionsvorschläge um einen Passus, nach dem die Direktzahlungen grundsätzlich nur an solche Betriebe ausgereicht werden, deren Anteilseigner nicht an einem weiteren beihilfefähigen Betrieb beteiligt sind. Das ist die einzige Möglichkeit, den riesigen Holdings der Kapitalanleger den Geldhahn abzudrehen.

Mit diesem Schreiben laden wir Sie herzlich nach Brandenburg ein, damit Sie sich vor Ort ein Bild von der Lage machen können. Auch die agrarpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen, Dieter Dombrowski und Sabine Niels, befürworten die oben aufgeführten Punkte und stehen Ihnen für weitere Informationen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen, Karsten Jennerjahn Präsident

Sabine Niels unterstützt Forderung der bäuerlichen Landwirtschaft nach Kappung der Direktzahlungen an große Agrarfabriken Pressemitteilung der Bündnisgrünen vom 21. August 2012

Die agrarpolitische Sprecherin der bündnisgrünen Landtagsfraktion Sabine Niels unterstützt die Forderung des Brandenburgischen Bauernbundes nach Kappung der Direktzahlungen an große Agrarfabriken. Die aktuelle Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf europäischer

Ebene stellt die Weichen der finanziellen Förderung Brandenburger Landwirtschaftsbetriebe für den Zeitraum 2014 bis 2020. Die EU-Finanzmittel bestimmen etwa zur Hälfte die Einkommen der Agrarbetriebe und haben somit einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in Brandenburg.

„Eine Beschränkung von Subventionen für Großbetriebe ist längst überfällig, industrielle Agrarfabriken und Massentieranlagen dürfen nicht noch durch den Steuerzahler gefördert werden“, so Sabine Niels (...): „Unsere Überzeugung ist, dass die Chancen der Brandenburger Landwirtschaft am besten durch bäuerliche Betriebe genutzt werden können, die sorgsam mit ihren Böden umgehen, ihre Tiere artgerecht halten, die Arbeitsplätze bieten und Gewinne vor Ort reinvestieren. Wenn öffentliche Mittel ausgeschüttet werden, muss auch die Gesellschaft davon profitieren“, sagte die bündnisgrüne Agrarexpertin.

Die bündnisgrüne Fraktion im Brandenburger Landtag spricht sich daher auch für eine Kappung der Direktzahlungen ab einer bestimmten Betriebsgröße aus und fordert, eine degressive Gestaltung der Direktzahlungen in Abhängigkeit von der Betriebsgröße vorzunehmen.

Zeitgleich mit den Verhandlungen über die EU-Agrarpolitik fanden in Potsdam weitere Sitzungen der Enquete-Kommission Nachwendezeit zum Thema Übergang der DDR-Landwirtschaft in die Marktwirtschaft statt. Insbesondere das Gutachten von Prof. Bayer auf der Sitzung am 15. Juni 2012 belegte mit Zahlen, Daten und Fakten groß angelegte und politisch gedeckte Fehler bei der Vermögensauseinandersetzung in Brandenburg.



Bauernbund stellt fest: Brandenburgs Agrarstrukturen sind das Ergebnis von politischer Begünstigung

Pressemitteilung vom 15. Juni 2012

Mit Genugtuung hat der Bauernbund Brandenburg auf die heute der Enquete-Kommission Nachwendezeit vorgestellten Gutachten zur Entwicklung der Landwirtschaft nach 1990 reagiert. "Erstmals wird wissenschaftlich bestätigt, was wir seit zwanzig Jahren anprangern, dass nämlich die angeblich gewachsenen Agrarstrukturen nichts anderes sind als ein Ergebnis politischer Begünstigung der Großbetriebe", sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn, Landwirt aus Schrepkow in der Prignitz.

Besonders deutlich belegt dies die Untersuchung des Jenaer Juristen und Thüringer Verfassungsrichters Walter Bayer, der unter anderem urteilt: "Den vom Gesetzgeber als gleichberechtigt anerkannten Wiedereinrichtern wurde (aber) ein großer Teil ihrer rechtmäßig zustehenden Vermögensbeträge vorenthalten. (...) Wären die Abfindungsangebote korrekt festgesetzt worden, läge der Anteil an Wiedereinrichtern weitaus höher. Die Missachtung der gesetzlichen Vorgaben führte

letztendlich zu einer Marktverzerrung zugunsten der agrarindustriell geprägten LPG-Nachfolgeunternehmen und zu Lasten kleinbäuerlicher Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe in der brandenburgischen Landwirtschaft."

Dass Großbetriebe begünstigt und Wiedereinrichter benachteiligt wurden, ziehe sich wie ein roter Faden durch die brandenburgische Agrarpolitik der Nachwendezeit, so Jennerjahn. Dies sei kein Wunder, denn der maßgeblich an dieser Politik beteiligte Landesbauernverband war laut Gutachten des Berliner Historikers Christian Booß "ein Produkt aus der Umwandlung der bezirklichen Gliederungen der Massenorganisation VdgB". Als bäuerliche Basisbewegung gegen die Vormacht der alten Kader sei damals der Bauernbund entstanden.

Das Scheitern des so genannten Brandenburger Wegs zeige sich heute, indem ein Großbetrieb nach dem anderen von Industriellen und Investoren aufgekauft werde, kritisiert der Bauernbund-Chef. CDU und Bündnisgrüne hätten die Konsequenzen gezogen und würden sich für eine Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft einsetzen, betont Jennerjahn: "Wann endlich begreift die Landesregierung, dass nicht die Erhaltung der DDR-Strukturen gut ist für den ländlichen Raum, sondern möglichst viele selbständige Existenzen?"

Im Mittelpunkt der dritten Sitzung der Enquete-Kommission Nachwendezeit zum Thema Landwirtschaft am 24. August 2012 stand ein Gutachten von Prof. Klüter, das zwar richtig darstellte, dass die vorherrschenden Großbetriebe in Brandenburg "unproduktiv und neofeudal" sind und über zu wenig Arbeitsplätze und Monokulturen zur Abwanderung aus den Dörfern führen. Leider war das Gutachten aber sehr kleinteilig und vermittelte nicht immer klare Gedanken. Karsten wurde auf der Sitzung als Experte gehört und konnte deutlich machen, wie sich die Erhaltung der Großbetriebe in seiner Region auf den Einstieg von Kapitalinvestoren ausgewirkt hat. CDU und Bündnisgrüne haben uns unterstützt und als Konsequenz aus dem Gutachten u. a. ihre Zustimmung zur Kappung bekräftigt. Alle Gutachten liegen in der Geschäftsstelle des Bauernbundes vor und können von den Mitgliedern bestellt werden unter Telefon (038791) 80200 oder textjung@gmx.de.

Enquete-Kommission Nachwendezeit: Dieter Dombrowski sieht Zusammenhang von EU-Förderung und Landflucht

Pressemitteilung der CDU vom 24. August 2012

Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Dieter Dombrowski, sieht die Landwirtschaftsthesen der Fraktion durch das Gutachten von Prof. Klüter weitgehend bestätigt. Dieter Dombrowski sagt: „Insbesondere die These von Prof. Klüter, dass die jetzige EU-Förderung den Beschäftigungsabbau in der großflächigen Landwirtschaft und damit die Landflucht fördert, werden von uns sehr ernst genommen. Die EU-Agrarförderung sollte auch als Strukturförderung für den ländlichen Bereich angelegt sein. Die Gewinnmaximierung kann nicht das herausragende Ziel sein, wenn Steuermittel zum Einsatz kommen. Die bäuerliche Landwirtschaft garantiert eine breite Streuung des Eigentums und bedeutet mittelständische Strukturen in unserer Heimat. Die Betriebe wirtschaften im Regelfall nachhaltiger, erzielen eine höhere Wertschöpfung und beschäftigen mehr Arbeitskräfte pro Hektar als anonyme Kapitalgesellschaften.“ Dieter Dombrowski hat in der heutigen Sitzung der Enquetekommission die linksideologischen Angriffe des Abgeordneten der Linksfraktion, Peer Jürgens, auf den Gutachter Prof. Klüter als völlig unangemessen zurückgewiesen.





Die Tierproduktion im Lande, insbesondere die Rinderhaltung, ist einer Vielzahl von staatlichen Reglementierungen unterworfen. Dabei nimmt die Veterinärbürokratie eine nicht unerhebliche Rolle ein. Einerseits braucht man sie für den Notfall einer echten Seuche, andererseits ist es an der Zeit, das Ausmaß der staatlich angeordneten Untersuchungen und "Sanierungen" kritisch unter die Lupe zu nehmen. Anlass dafür gibt es demnächst in Brandenburg, wie aus einem Gespräch im Umweltministerium zu erfahren war (siehe folgende Seite)

Tierhalter sollten in Zukunft selbstbewusster auftreten **Rede des Geschäftsführers Reinhard Jung anlässlich der 38. Bundeskonferenz der Tierseuchenkassen in Potsdam am 20. Juni 2012**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Sie herzlich von unserem Präsidenten Karsten Jennerjahn grüßen, einem großen Ackerbauern, der Tiere sehr gerne mag, am liebsten von weitem. Und so hat er die ehrenvolle Aufgabe des Grußwortes seinem Geschäftsführer übertragen, einem kleinen Mutterkuhhalter. Spaß beiseite, auch wenn sich die in Brandenburg beklagenswert niedrige Tierproduktion im Bauernbund natürlich widerspiegelt, halten immerhin etwa zwei Drittel unserer Mitgliedsbetriebe Tiere und haben dadurch zwangsläufig mit der Tierseuchenkasse zu tun.

Zwangsläufig, darin drückt sich doch schon einiges aus: Die Tierseuchenkasse ist eine Solidargemeinschaft, die niemand missen möchte, wenn er tatsächlich in Not geraten sollte. Funktionieren tut sie allerdings nur über eine allgemeine Pflicht, entsprechend Beiträge zu leisten. Dieses Prinzip, das von der Sache her vernünftig ist, bedingt eine enge Verzahnung der Solidargemeinschaft mit staatlichen Organen. Und hier kann es Interessenkonflikte geben, wo die Tierhalter meines Erachtens in Zukunft selbstbewusster auftreten sollten als bisher.

Ich will gar nicht auf die so genannten Buchstabenkrankheiten eingehen, die wir eine nach der anderen ausrotten, mit durchaus fragwürdigem Nutzen für die praktische Landwirtschaft, dafür aber ein nicht enden wollendes Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Veterinärbürokratie – und leider auch für uns Bauern. Für dieses Thema ist in einem Grußwort kein Platz.

Statt dessen eine rückblickende Überlegung zum Rinderwahnsinn: Sehr geehrte Damen und Herren, wenn man zwölf Jahre testet und alle 50.000 Schlachtrinder ist ein BSE-Verdacht dabei – wohlgemerkt Verdacht, denn klinische Fälle sind fast gar nicht aufgetreten – und wenn man bei jedem BSE-Verdacht den gesamten Jahrgang umbringt, der dasselbe Futter bekommen hat, und es wird regelmäßig kein weiterer BSE-Verdacht festgestellt, dann kann man mit gesundem Menschenverstand nur zu dem Ergebnis kommen, dass BSE nichts mit der Nahrungsaufnahme zu tun hat. Daraus folgt: BSE ist nicht ansteckend, ist also keine Seuche und fällt mithin nicht in die Zuständigkeit der Tierseuchenkasse.

Wenn Sie jetzt erwidern Heute sind wir klüger als vor zwölf Jahren, dann haben Sie natürlich recht und wir müssen auch gar nicht vergleichen, was der Bauernbund damals gesagt hat und was andere gesagt haben – auch wir sind seitdem klüger geworden. Aber wenn wir alle zusammen klüger ge-

worden sind, sollten wir es auch sagen und damit endlich aus fachlicher Sicht möglichst öffentlichkeitswirksam eine These revidieren, die der Tierhaltung nachhaltig Schaden zugefügt hat.

Warum mir das wichtig ist? Erstens, weil ich in meinem Leben zu viele BSE-Hysterien erlebt habe, als dass ich mich als Rinderhalter sicher fühlen würde. Und zweitens, weil mit dem so genannten Chronischen Botulismus schon wieder so eine Krankheit durch die Agrarwelt geistert, die nur darauf wartet, von den Medien als mysteriöse Seuche mit unabsehbarem Gefahrenpotential für den Menschen ausgeschlachtet zu werden.

Die Zunahme von Botulismus, so schlimm es für den jeweils betroffenen Betrieb auch sein mag, ist keineswegs mysteriös, sondern logisch mit aktuellen Entwicklungen von Produktionstechnik und Produktionsverhältnissen in der Milchviehhaltung zu erklären. Krankheiten haben immer viele Auslöser, die zusammentreffen müssen, aber wer 10.000-Liter-Kühe ganzjährig im Stall mit dem Mischwagen füttert und die Grundfutterernte mit maximalen Arbeitsbreiten vom Lohnunternehmer durchführen lässt, hat ein anderes Risiko als jemand, der 8.000-Liter-Kühe im Sommer auf die Weide lässt und selber erntet. Über die Risiken, die er eingeht, sollte jeder Unternehmer selbst entscheiden. Sie dürfen schon aus Gründen der Gerechtigkeit nicht von einer Solidargemeinschaft wie der Tierseuchenkasse getragen werden, vor allem aber deswegen nicht, weil es sich beim Botulismus – wie bei BSE – definitiv nicht um eine Seuche handelt.

Hier wünsche ich mir von den Tierseuchenkassen Standfestigkeit. Ich denke, das sind jetzt auch genug der Stichworte für einen anregenden fachlichen Austausch heute abend. Der Bauernbund Brandenburg wünscht der 38. Bundeskonferenz der Tierseuchenkassen in unserer Landeshauptstadt einen guten Verlauf! Dankeschön.

Frage an unsere Rinderhalter: Wie steht Ihr zu BHV1 und BVD?

In der Landesregierung wird über die künftige Höhe der Kostenbeteiligung an der Bekämpfung von Tierseuchen nachgedacht. Dies wurde bei einer Unterredung deutlich, die Karsten Jennerjahn und Reinhard Jung am 8. August 2012 mit dem Staatssekretär Dr. Daniel Rühmkorf im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz führten. Konkret geht es um die Rinderkrankheiten BHV1 und BVD, die aufgrund bundesweiter Verordnungen flächendeckend bekämpft werden. Bei BHV1 erfolgt die "Sanierung" mit Impfpflicht und jährlicher Blutuntersuchung bereits seit etwa fünfzehn Jahren, bei BVD wurde sie im vergangenen Jahr begonnen. Obwohl damit erhebliche Arbeitsbelastungen und bürokratischer Aufwand für die Rinderhalter verbunden sind, hat sich der Bauernbund bisher nicht positioniert. Sollten jedoch zusätzliche Kostenbelastungen auf die Rinderhalter zukommen, müssen wir an das Thema ran.

Deshalb bitten wir unsere Mitglieder um Auskunft:

1. Wie viele Rinder habt Ihr (davon Milchkühe, Mutterkühe)?
2. Wie beurteilt Ihr, unabhängig von den Bekämpfungsmaßnahmen, die praktische Relevanz, also den ökonomischen Schaden von BHV1 und BVD für Euren Betrieb?
3. Welchen Zeitaufwand verursachen die Bekämpfungsmaßnahmen in Eurem Bestand (BHV1: Einfangen, mit Tierarzt bluten, Ergebnisse auswerten, ggf. erneut untersuchen, ggf. impfen / BVD: Gewebeprobe aufbewahren, mit Tierarzt versenden, Ergebnisse auswerten, ggf. einfangen und bluten für erneute Untersuchung)?
4. Für wie sinnvoll haltet Ihr die Bekämpfungsmaßnahmen?
5. Würdet Ihr die Bekämpfungsmaßnahmen auch freiwillig vornehmen, wenn sie Geld kosten?

Ein Fragebogen mit diesen Fragen wird noch mit der Beitragsrechnung im September an alle Mitglieder verschickt und kann dann zurückgefaxt werden. Gerne können interessierte Mitglieder aber schon jetzt Kontakt mit der Geschäftsstelle aufnehmen und uns ihre Einschätzung zu BHV1 und BVD mitteilen unter Telefon (038791) 80200 oder textjung@gmx.de.

Wolfsmanagement: Bauernbund für Arbeitsgruppe Herdenschutz

Das Umweltministerium hat uns und andere Verbände zur Beratung des Wolfsmanagementplans eingeladen. Als Vertreter des Bauernbundes haben wir unser Vorstandsmitglied Lutz-Uwe Kahn aus Kleßen im Havelland in dieses Gremium entsandt. Es scheint, wie schon bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, Taktik des Ministeriums zu sein, die in der Regel ehrenamtlichen Vertreter der Verbände durch langwierige Sitzungen zu ermüden und vor vollendete Tatsachen zu stellen, die dann nur noch abgenickt werden sollen. So nicht mit Lutz-Uwe: Er hat gleich auf der ersten Sitzung deutlich gemacht, dass die zentrale Frage des Umgangs mit Wölfen die Auswirkung auf die Weidetierhaltung ist, und durchgesetzt, dass eine Arbeitsgruppe "Herdenschutz" eingerichtet wird, die sich mit Fachfragen zum Themenkomplex Schadenskompensation und -prävention befassen soll. Zu unserer Position und den ersten Ergebnissen mehr im nächsten Rundbrief.

Kein Bedarf an integrierten Landnutzungskonzepten Stellungnahme in den Potsdamer Neuesten Nachrichten vom 27. Juni 2012

Nachdem die drei agrarwissenschaftlichen Institute im Land in einer gemeinsamen Erklärung lautstark ein Umdenken in der Landwirtschaft und "integrierte Landnutzungskonzepte unter Beteiligung aller Akteure" gefordert hatten und nicht nur mehr, sondern auch sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittel für eine wachsende Weltbevölkerung, baten uns die Potsdamer Neuesten Nachrichten um eine Stellungnahme, die am folgenden Tag auszugsweise veröffentlicht wurde:

Reinhard Jung, Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg und Nebenerwerbslandwirt aus Lennowitz in der Prignitz, hält ein Umdenken für nicht erforderlich, sogar gefährlich: "Mein Landnutzungskonzept entsteht, wenn ich mir beim Frühstück überlege, was ich heute mache. Dafür brauche ich niemanden, der mich berät, und ich möchte mich auch mit niemandem darüber abstimmen. Ich finde nichts verwerflich daran, dass wir durch Landnutzung Geld verdienen. Nachhaltigkeit ergibt sich beim bäuerlichen Familienbetrieb ganz selbstverständlich daraus, dass wir fruchtbare Böden an die kommende Generation weitergeben wollen." Die Forderung der Institute, die Landwirtschaft müsse mehr, sicherere und hochwertigere Lebensmittel produzieren, hält Jung für "wissenschaftliche Hirngespinnste. Seit etwa zehn Jahren gibt es in Brandenburg keine nennenswerten Ertragssteigerungen mehr – weil die Professoren einfach keinen Regen herbeizaubern können. Und dann würde ich gerne wissen, was an unseren Agrarprodukten minderwertig oder unsicher sein soll. Diese ganze Sicherheitsduselei stammt doch aus der BSE-Hysterie, die übrigens auch von Wissenschaftlern verursacht wurde und nicht von Bauern." Jung wünscht sich von den Instituten "mehr Praxisbezug und weniger Regulierungswahn, denn Leute, die uns vorschreiben wollen, wie wir zu wirtschaften haben, gibt es schon genug."

Auf nach Atterwasch!
www.heimatzukunft.de

